

## **Beamtenstatus sichert Demokratie – DPhV fordert Dienstherrn zur konsequenten Umsetzung ihrer Fürsorgepflicht auf!**

Berlin, 26. 03. 2026 – Zur 7. Bildungsministerkonferenz begrüßt der Deutsche Philologenverband (DPhV) ausdrücklich, dass die klare Mehrheit der Bildungsministerinnen- und -minister zur Verbeamtung von Lehrkräften steht. Für den DPhV ist dies keine Frage des Komforts, sondern eine Frage der Funktionsfähigkeit unserer Demokratie – gerade in Zeiten, in denen Extremisten offen an der Schulpflicht rütteln wollen. Bundesvorsitzende Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing: „Wer Schule destabilisiert, destabilisiert unsere Gesellschaft. Der Beamtenstatus ist ein Schutzschild für Lehrkräfte und damit für unsere Kinder und unsere Zukunft.“

Das gerade veröffentlichte Deutsche Schulbarometer macht es unübersehbar: Ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler ist psychisch belastet. Und auch den Lehrkräften geht es nicht gut: Fast ein Drittel ist regelmäßig erschöpft, wie das vorangegangene Schulbarometer aufzeigte. Ein riesiges Alarmzeichen! Doch es wurde auch klar: Die Beziehung zwischen Lehrkraft und Kind ist der entscheidende Faktor für schulisches Wohlbefinden, schulischen Erfolg und somit aktive Teilhabe. Doch wer dauerhaft überfordert wird, wer um seinen Arbeitsplatz bangen muss, muss mit einem belastenden Rucksack versuchen, tragfähige Beziehungen aufzubauen und für guten Unterricht zu sorgen.

Für den DPhV liegt hier der Schlüssel: Auf einer gesunden menschlichen Beziehung fußen Lernen und Bildung, und auf Bildung fußt unsere Demokratie. Gesicherte, verbeamtete Lehrkräfte sind deshalb keine Kostenfrage – sie sind eine Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und es braucht noch mehr als die Sicherung des Beamtenstatus! Der DPhV appelliert daher mit Nachdruck an die Dienstherrn der Lehrkräfte: Handeln Sie – jetzt! Setzen Sie ihre Fürsorgepflicht konsequent und professionell um! Konkret erwarten wir:

- Präventivmedizinische Betreuung nicht als Kür, sondern als Pflicht: Gesundheitliche Gefährdungen müssen systematisch erfasst, individuelle Gesundheitsberatung für jede Lehrkraft angeboten werden.
- Kein Wegschauen bei psychischen Beschwerden bei Lehrkräften: Die Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen nach § 5 Abs. 3 ArbSchG ist seit 2013 gesetzlich verpflichtend – also Dienstaufgabe für die Dienstherrn unserer Lehrkräfte. Erprobte, wissenschaftlich fundierte Instrumente existieren längst. Es gibt keine Ausrede mehr: Sie müssen flächendeckend eingesetzt werden.
- Deputat senken – sofort: Jahrzehntlang wurde die Unterrichtsverpflichtung erhöht, die Belastung ignoriert. Das muss ein Ende haben. Lehrkräfte brauchen keine Lippenbekenntnisse, sondern echte, spürbare Entlastung.
- Bürokratie ist kein Lehrauftrag: Lehrkräfte wurden ausgebildet, um zu unterrichten – nicht um Formulare zu verwalten. Konsequenter Bürokratierückbau ist überfällig.
- Erfahrung darf keine Sackgasse sein: Attraktive Altersteilzeit- und Sabbatjahr-Modelle sowie die Abschaffung der Höchstgrenze für Zuverdienst nach Erreichen der Altersgrenze sind keine Wohltaten – sie sind kluge Bildungspolitik, um erfahrene Lehrkräfte im System zu halten.

„Der Beamtenstatus und die Schulpflicht bilden gemeinsam das institutionelle Rückgrat unserer demokratischen Gesellschaft. Eine Bildungspflicht ohne Schulpflicht wäre eine Einladung an alle, die den Staat aus der Sozialisation von Kindern heraushalten wollen – und diese Einladung dürfen wir

niemals aussprechen“, so Lin-Klitzing. Denn die Konsequenzen wären fatal: Ohne Unterricht von staatlich ausgebildeten Lehrkräften, ohne gemeinsamen Schulrahmen entstehen parallele Bildungswelten nach religiösen, politischen oder ethnischen Kriterien – Echokammern, in denen Radikalisierung eine Folge sein kann. Schule ist im Rahmen ihres staatlich verantworteten Erziehungs- und Bildungsauftrags unsere wichtigste gesellschaftliche Frühwarninstanz – auch für Kindeswohlgefährdung, für psychische Krisen, für beginnende Radikalisierung. Fällt der tägliche Schulkontakt weg, verlieren Jugendämter und Behörden einen entscheidenden Zugang zu gefährdeten Kindern. „Wir brauchen das Berufsbeamtentum für Lehrkräfte und die Schulpflicht – als tragende Säulen für wissenschaftlich orientierte Bildungsqualität, Verlässlichkeit, Stabilität, für den Schutz und die gute Entwicklung unserer Kinder und unserer Gesellschaft.“

Der [Deutsche Philologenverband \(DPHV\)](#) ist die Dachorganisation der Philologenverbände der Bundesländer. Die Mitglieder sind Lehrkräfte an Gymnasien und anderen Bildungseinrichtungen, die zum Abitur führen, sowie Lehrbeauftragte an den Hochschulen, vornehmlich in der Lehrkräftebildung. Der Verband wurde 1903 in Halle gegründet und organisiert zurzeit 90.000 Einzelmitglieder in 15 Landesverbänden. Er unterstützt die Zusammenarbeit mit Lehrerverbänden im In- und Ausland und ist Mitglied im „dbb beamtenbund und tarifunion“ und im Deutschen Lehrerverband (DL).